



HESSISCHER LANDTAG

09. 11. 2004

*Dem
Kulturpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schluss mit der Ideologie - Schulgesetz zurückziehen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Entwurf für eine Novellierung des Hessischen Schulgesetzes zurückzuziehen und grundsätzlich zu überarbeiten.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Gesetzentwurf die grundsätzlichen Erkenntnisse der internationalen Schulstudien vernachlässigt. Er gibt keine Antworten auf die Fragen:
 - Wie eine breitere Leistungsspitze und höhere Schulabschlüsse für einen höheren Anteil von Kindern und Jugendlichen zu erreichen sind. Die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung liegt in Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt und muss im Interesse der Zukunftsperspektiven der jungen Generation und der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland deutlich erhöht werden.
 - Wie Chancengleichheit und bessere Bildungsbeteiligung hergestellt werden können. Nach PISA ist in unserem Land der Schulerfolg noch immer abhängig vom sozialen Status der Eltern.
 - Wie in den hessischen Schulen eine neue Kultur der individuellen Förderung installiert werden kann. Die Forderungen von PISA nach weniger Selektion und mehr Durchlässigkeit werden in ihr Gegenteil verkehrt.
 - Wie der Bereich der frühkindlichen Bildung gestärkt und der Übergang auf die Grundschule verbessert werden kann. In allen erfolgreichen OECD-Vergleichsländern wird der frühen Bildung als Bestandteil des Bildungssystems ein wesentlich höherer Stellenwert eingeräumt.
3. Der Hessische Landtag lehnt im Einzelnen folgende Regelungen des Schulgesetzentwurfs ab:
 - Die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs in der Sekundarstufe I muss zurückgenommen werden. Schulzeitverkürzung ist kein Selbstzweck und kann nur im Rahmen einer umfassenden Veränderung des Bildungssystems realisiert werden.
 - Die faktische Zerschlagung der Förderstufen und kooperativen Gesamtschulen führt zu mehr Selektion und verhindert eine Durchlässigkeit des Schulsystems.
 - Die so genannte Querversetzung muss aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden.
 - Die Richtwerte zur Klassenbildung und die Regelungen über die Mindestzügigkeit von Schulen, die im Kern zu einer Schließung kleinerer Schulsysteme insbesondere in den ländlicheren Regionen Hessen führen sollen, werden ebenfalls gestrichen.

Der Landtag spricht sich für einen Erhalt eines umfassenden, wohnortnahen Bildungsangebots aus. Wir lehnen die geplanten Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung bei der Gestaltung der Schulorgani-

sation vor Ort ab. Der Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, ein neues Schulgesetz vorzulegen, das die Erkenntnisse der internationalen Schulstudien aufgreift und umsetzt:

1. Deutliche Aufwertung der frühen Bildung - ein System der frühen Bildung bis zum Ende der Grundschulzeit
 - Eingliederung der Kindertageseinrichtung in das Bildungswesen als elementare Stufe,
 - Verbesserung des Zusammenspiels von elementarer und primärer Stufe des Bildungswesens durch eine verbindliche wechselseitige Abstimmung der Inhalte und der pädagogischen Konzepte,
 - Einführung einer flächendeckenden Schuleingangsstufe als Ersatz der bisherigen Klassen 1 und 2, die alle Kinder in ein bis drei Jahren durchlaufen, für einen bruchlosen Übergang der Kinder aus der elementaren in die primäre Stufe des Bildungswesen,
 - Aufnahme der Kinder in die Eingangsstufe mit der Vervollendung des sechsten Lebensjahres,
 - keine Rückstellung mehr vom Schulbesuch, Abschaffung der Vorklassen und Vorlaufkurse.
2. Gemeinsames Lernen, individuell Fördern - eine Schule für alle bis zum allgemeinen Abschluss
 - Gemeinsames Lernen aller Kinder in einer Schule bis zum allgemeinen Abschluss in der Regel nach der 10. Klasse,
 - ein System der Differenzierung und individuellen Förderung innerhalb der Schule,
 - weitgehende Abschaffung der Sonderschulen,
 - konsequenter Ausbau von Ganztagschulen,
 - grundsätzliche Neuordnung der Lehrerbildung.
3. Selbstverantwortete Schule als Ausgangspunkt für Qualitätsentwicklung
 - Schulformübergreifende Bildungsstandards in allen Fächern und Aufhebung der bestehenden Lehrpläne,
 - interne und externe Evaluierungen der Schulen,
 - begleitende Qualitätsentwicklung durch Fortbildung und Erarbeitung neuer Instrumente durch eine unabhängige Qualitätsagentur,
 - mehr Autonomie der Schulen bei der Frage der Gestaltung der Schule zur Erreichung der Bildungsziele,
 - Verwaltung der personellen und finanziellen Ressourcen durch die Schulen in Kooperation mit den Schulträgern.
4. Aufwertung der Beruflichen Bildung
 - grundsätzliches Festhalten an der dualen Berufsausbildung,
 - bei besonderen Engpässen jedoch wird das duale Angebot durch vollschulische Angebote in staatlicher Verantwortung ergänzt,
 - an der Berufsschulpflicht wird festgehalten,
 - Anerkennung einer Berufsausbildung als Zugangsberechtigung für die Fachoberschule, Fachschule, Berufsakademie, Fachhochschule oder Universität.
5. Lebensbegleitendes Lernen – Weiterbildung stärken
 - Garantie auf das Recht auf Weiterbildung,

- Weiterentwicklung einer modularen Aus- und Weiterbildung,
- Entwicklung unterstützender Strukturen für die Verknüpfung unterschiedlicher Angebote in der Fort- und Weiterbildung mit den Bildungsbereichen Schule, Ausbildung und Hochschule.

Begründung

Mehr denn je kommt es darauf an, endlich aus den Ergebnissen der verschiedenen internationalen Studien (PISA und IGLU insbesondere) die notwendigen und richtigen Konsequenzen für bildungspolitische Maßnahmen zu ziehen. Die CDU-Regierung tut genau das Gegenteil.

Sie setzt auf Auslese statt auf Förderung der Kinder. Sie setzt auf Separierung der Bildungsgänge statt auf Integrierung. Ihr Ganztagschulkonzept besteht aus Magerkost, geboten wird etwas mehr Betreuung statt Vollkost mit zusätzlichen Bildungsangeboten.

Die Koch-Regierung täuscht auch hier die Wählerinnen und Wähler: Worthülsen statt fachlich begründeter und fundierter Politik. Statt mehr Lehrer einzustellen, wie im Wahlkampf versprochen, sind rund 1.000 Stellen gestrichen worden. Eine qualitative Weiterentwicklung unserer Schulen findet nicht statt. Das Gegenteil ist der Fall.

Aus der Bildungsmisere müssen aber die notwendigen Konsequenzen gezogen und Wege fachlich begründeter Reformen beschritten werden. Dies ist einerseits notwendig, um der jetzigen Schülergeneration und den künftigen Schülerinnen und Schülern Zukunftschancen zu eröffnen und um jedem Einzelnen eine optimale Bildung und Erziehung zu sichern. Andererseits muss der Wirtschaftsstandort Deutschland als sozialstaatliche Demokratie dadurch dauerhaft konkurrenzfähig gehalten werden, dass alle Begabungen und Fähigkeiten in der Gesellschaft ausgebildet und die jungen Menschen mit dem Wissen der Zeit ausgestattet werden. Denn gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in der Gesellschaft weisen nicht zuletzt auch die Repräsentanten der Wirtschaft darauf hin, dass wir es uns nicht leisten können, auch nur ein Talent zu vernachlässigen. Alle jungen Menschen werden gebraucht.

Die Ergebnisse der PISA-Studie zwingen insbesondere deshalb zu grundlegenden Reformen:

- Weil die Gruppe der Bildungsverlierer, die Gruppe derjenigen, die mit unzureichenden Kompetenzen aus den Schulen entlassen werden, viel zu groß ist.
- Weil die Abhängigkeit des Bildungserfolges des Kindes vom sozialen Status der Eltern in keinem Land so groß ist wie in Deutschland.
- Weil die Unterschiede zwischen den Bildungserfolgen von stärkeren und schwächeren Schülern in keinem anderen Land so groß sind wie in Deutschland.
- Weil die Gruppe derjenigen, die erfolgreich ein Hochschulstudium abschließt, im internationalen Vergleich deutlich zu gering ausfällt.
- Weil die Gruppe derjenigen, die international in der Spitze konkurrieren können, viel zu klein ist.

Alle Maßnahmen der Bildungspolitik müssen darauf abzielen, diese grundlegenden Defizite des Bildungswesens auszugleichen. Stattdessen sieht die Novelle des Hessischen Schulgesetzes dramatische Verschlechterungen für die Schülerinnen und Schüler vor. Genau das Gegenteil dessen, was PISA verlangt, soll nunmehr in Gesetzesform gegossen werden. In rückwärtsgerichtetem ideologischer Blindheit will die Landesregierung das dreigliedrige Schulsystem weiter zementieren, moderne lernpsychologische und pädagogische Ansätze werden ausgeblendet. Deshalb lehnt der Landtag dieses neue Schulgesetz in aller Entschiedenheit ab:

Gegen die reaktionäre Schulpolitik der CDU-Landesregierung in Hessen setzt der Landtag ein Modell des längeren gemeinsamen Lernens, das gute Bildung für alle von Anfang an in den Mittelpunkt stellt. Er lässt sich dabei

von zwei zentralen Überzeugungen leiten: Bildungsgerechtigkeit für alle und Förderung jeder Begabung von Anfang an.

Der Landtag setzt auf eine grundlegende Reform des Schulsystems,

- Weil jedes Kind eine optimale Förderung seines Lebenswegs von Anfang an braucht.
- Weil eine solidarische Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass alle jungen Menschen mit zukunftsfähigen Kompetenzen in die Arbeitswelt entlassen werden. Nur so haben sie eine Chance, ihren Platz zu finden, ihre Talente einzubringen und damit auch ihren eigenen Lebensunterhalt in eigener Verantwortung zu verdienen.
- Weil wir auf jedes Talent in dieser Gesellschaft angewiesen sind.

Hessen braucht ein in sich schlüssiges modernes Gesamtkonzept, das diesen Ansprüchen und Zielen Rechnung trägt.

Wiesbaden, 9. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter